

Allgemeine Geschäftsbedingungen für Audit Services

der TÜV SÜD Management Service GmbH (im folgenden „MS“ genannt)

1 Allgemeines, Geltungsbereich

1.1 MS erbringt kundenspezifische Dienstleistungen und unternehmensspezifische Prüfverfahren, sog. Audit Services (im folgenden „Leistungen“ oder „Audit Services“). Hierbei handelt es sich nicht um Zertifizierungsleistungen; es werden keine Prüfzeichen oder Zertifikate für Audit Services erteilt.

1.2 Überwiegend erbringt MS Leistungen gegenüber Unternehmern (§ 14 BGB), juristischen Personen des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtlichen Sondervermögen. Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen (im folgenden „AGB“) sind deshalb grundsätzlich für den Verkehr mit diesen Personengruppen verfasst und gelten für alle Geschäftsbeziehungen der MS mit solchen Auftraggebern. Dessen ungeachtet gelten sie aber auch für die Geschäftsbeziehungen der MS mit Verbrauchern (§ 13 BGB). In diesem Fall gelten die AGB jedoch mit folgenden Maßgaben:

- Die von MS angegebenen Auftragsfristen sind entgegen Ziff. 4.1 verbindlich.
- Ziff. 5.3 gilt nicht.
- Ziff. 6.5 gilt nicht.
- Ziff. 7.4 gilt nicht.
- Ziff. 11.1 gilt mit der Maßgabe, dass der Sitz von MS als Gerichtsstand für den Fall vereinbart wird, dass der Auftraggeber seinen Sitz, Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt aus dem Geltungsbereich des Rechtes der Bundesrepublik Deutschland verlegt oder sein Sitz, sein Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthaltsort im Zeitpunkt der Klageerhebung nicht bekannt ist.
- Ziff. 11.2 gilt nicht.
- MS nimmt nicht an Streitbelegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle teil.

Für Leistungen, die über einen Onlineshop von MS oder einer anderen TÜV SÜD-Gesellschaft angeboten werden, gelten ggf. zusätzliche Bedingungen.

1.3 Die AGB gelten ausschließlich. Abweichende, entgegenstehende oder ergänzende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftraggebers werden nur dann und insoweit Vertragsbestandteil, als MS ihrer Geltung ausdrücklich zugestimmt hat. Dieses Zustimmungserfordernis gilt in jedem Fall, beispielsweise auch dann, wenn MS in Kenntnis der AGB des Auftraggebers Leistungen an ihn vorbehaltlos erbringt.

1.4 Im Einzelfall getroffene, individuelle Vereinbarungen mit dem Auftraggeber (einschließlich Nebenabreden, Ergänzungen und Änderungen) haben Vorrang vor diesen AGB.

2 Durchführung des Auftrages

2.1 Sofern nicht anderweitig vereinbart, werden Leistungen unter Beachtung der mit dem Auftraggeber abgestimmten Leistungsbeschreibung bzw. der vereinbarten Prüfgrundlage erbracht. Für die vom Auftraggeber vorgegebene Prüfgrundlage wird keine Verantwortung übernommen. MS ist berechtigt, die Methode oder die Art der Untersuchung oder Prüfung nach sachgemäßem Ermessen selbst zu bestimmen, soweit keine entgegenstehenden Abmachungen in Textform vereinbart wurden oder soweit zwingende Vorschriften nicht eine bestimmte Vorgehensweise erfordern.

2.2 MS ist berechtigt, zur Auftragsdurchführung auch Unterauftragnehmer einzusetzen.

2.3 Der Umfang der Leistungen von MS wird bei der Erteilung des Auftrages in Textform festgelegt. Ergibt sich bei der ordnungsgemäßen Durchführung des Auftrages ein Bedarf zur Erweiterung oder sonstigen Änderung des ursprünglich vereinbarten Auftrags, sind diese vorab zusätzlich und in Textform zu vereinbaren. §§ 648, 648a BGB bleiben unberührt.

2.4 Die vertragsgegenständlichen Leistungen der MS gelten mit Erstellung der Prüf- und sonstigen Berichte als erbracht und abgeschlossen.

3 Mitwirkungspflicht

3.1 Zur Erbringung der Audit Services kann es notwendig sein, insb. Mitarbeiter, Kunden oder Lieferanten des Auftraggebers zu kontaktieren. Der Auftraggeber stellt vorab sicher, dass MS die hierfür benötigten Daten erhält und im Rahmen der Leistungserbringung verwenden darf, beispielsweise durch Einholung entsprechender Einwilligungen. Der Auftraggeber wird MS hierüber vorab in Textform informieren.

3.2 Sollte der Auftraggeber die Daten ohne entsprechende Einwilligung an MS weiterleiten, hat der Auftraggeber MS von etwaigen Ansprüchen Dritter freizustellen.

4 Fristen, Verzug, Unmöglichkeit

4.1 Die von MS angegebenen Auftragsfristen sind unverbindlich, es sei denn, deren Verbindlichkeit ist ausdrücklich in Textform vereinbart.

4.2 Setzt der Auftraggeber MS nach Fälligkeit der Leistung eine angemessene Nachfrist und lässt MS diese Frist verstreichen, oder wird MS die Leistung unmöglich, ist der Auftraggeber berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten und - sofern MS ein Verschulden trifft - Schadensersatz statt der Leistung zu verlangen. §§ 281, 323 BGB bleiben unberührt.

5 Gewährleistung

5.1 Die Gewährleistung von MS umfasst nur die ihr gemäß Ziff. 2.1 und 2.3 ausdrücklich in Auftrag gegebenen Leistungen.

5.2 Die Gewährleistungspflicht von MS ist zunächst beschränkt auf die Nacherfüllung innerhalb einer angemessenen Frist. Schlägt die Nacherfüllung fehl, d. h., wird sie unmöglich oder dem Auftraggeber unzumutbar oder von MS unberechtigt verweigert oder ungebührlich verzögert, ist der Auftraggeber nach seiner Wahl berechtigt, Herabsetzung der Vergütung oder Rückgängigmachung des Vertrages zu verlangen.

5.3 Ansprüche auf Nacherfüllung, Herabsetzung der Vergütung oder Rückgängigmachung des Vertrages, die nicht der Verjährung des § 438 Abs. 1 Nr. 2 BGB oder des § 634 a Abs. 1 Nr. 2 BGB unterliegen, verjähren nach einem Jahr ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn, es sei denn, MS hat den Mangel arglistig verschwiegen.

5.4 Aufwendungsersatzansprüche gemäß § 635 Abs. 2 BGB bleiben unberührt.

6 Haftung

6.1 Soweit sich aus diesen AGB einschließlich der nachfolgenden Bestimmungen nichts anderes ergibt, haftet MS bei Pflichtverletzungen nach den gesetzlichen Vorschriften.

6.2 Auf Schadensersatz haftet MS, gleich aus welchem Rechtsgrund, im Rahmen der Verschuldenshaftung bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Bei einfacher Fahrlässigkeit haftet MS, vorbehaltlich eines mildernden Haftungsmaßstabs nach den gesetzlichen Vorschriften (z.B. für Sorgfalt in eigenen Angelegenheiten), nur (i) für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, (ii) für Schäden aus der nicht unerheblichen Verletzung einer wesentlichen Vertragspflicht (Verpflichtung, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrags überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Vertragspartner regelmäßig vertraut und vertrauen darf); in letzterem Fall ist die Haftung von MS jedoch begrenzt auf den Ersatz des bei Vertragsschluss vorhersehbaren, typischerweise eintretenden Schadens.

6.3 Die Haftungsbeschränkung gemäß Ziff. 6.2 gilt auch bei Pflichtverletzungen durch bzw. zugunsten von Personen, deren Verschulden MS nach gesetzlichen Vorschriften zu vertreten hat sowie eine etwaige persönliche Haftung von Organen sowie Experten und sonstigen Mitarbeitern von MS. Sie gilt nicht, soweit MS bzw. die vorgenannten Personen einen Mangel arglistig verschwiegen haben sowie bei Ansprüchen aus einer Beschaffheitsgarantie oder für Ansprüche nach dem Produkthaftungsgesetz.

6.4 Der Auftraggeber hat etwaige Schäden, für die MS haften soll, unverzüglich MS in Textform anzuzeigen.

6.5 Soweit Schadensersatzansprüche nach dieser Ziff. 6 beschränkt sind, verjähren sie, soweit sie nicht der Verjährung des § 438 Abs. 1 Nr. 2 BGB oder des § 634a Abs. 1 Nr. 2 BGB unterliegen, nach einem Jahr ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

7 Vergütungs- und Zahlungsbedingungen

7.1 Sofern nicht ausdrücklich ein Festpreis oder eine andere Bemessungsgrundlage vereinbart ist, erfolgt die Vergütung nach den zum Zeitpunkt der Leistungserbringung gültigen Preisen von MS.

7.2 Angemessene Kostenvorschüsse können verlangt werden und/oder Teilrechnungen entsprechend den bereits erbrachten Leistungen können gestellt werden. Teilrechnungen müssen nicht als solche bezeichnet sein.

Allgemeine Geschäftsbedingungen für Audit Services

der TÜV SÜD Management Service GmbH (im folgenden „MS“ genannt)

Der Erhalt einer Rechnung bedeutet nicht, dass die MS damit den Auftrag vollständig abgerechnet hat.

- 7.3 Die gem. Ziff. 7.2 und/oder durch Schlussrechnung nach Abschluss des Audits in Rechnung gestellte Vergütung ist innerhalb von 14 Tagen nach Rechnungsstellung zur Zahlung fällig, soweit keine anderweitige Vereinbarung getroffen wurde. § 286 BGB bleibt unberührt
- 7.4 Die Vergütung versteht sich zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer in der jeweils gültigen gesetzlichen Höhe. Die Umsatzsteuer wird bei Rechnungsstellung gesondert ausgewiesen.
- 7.5 Bei einer kurzfristigen Absage oder Verschiebung bereits geplanter Teilleistungen durch den Auftraggeber behält sich MS vor, ihm die infolge der Absage oder Verschiebung entstandenen Mehrkosten in Rechnung zu stellen. Dies gilt auch, wenn die Absage oder Verschiebung erforderlich wird, weil der Auftraggeber seiner Mitwirkungspflicht gemäß Ziff. 3.1 nicht nachgekommen ist.
- 7.6 Bei einer Kündigung des bestehenden Vertrages vor Erstellung des Prüfberichts stellt MS dem Auftraggeber, zusätzlich zu den bis zum Zeitpunkt der Kündigung erbrachten Leistungen 15% des noch nicht fakturierten Restauftragswertes in Rechnung zu stellen.

Bei einer Kündigung des Vertrages ab 2 Monaten vor einem verbindlich vereinbarten Prüftermin behält sich die MS vor, dem Auftraggeber einen Aufwand in Höhe von 30% des Restauftragswertes in Rechnung zu stellen; ab 2 Wochen 70%, am Tag des verbindlich vereinbarten Prüftermins 100%. MS behält sich den Nachweis eines höheren Schadens vor. Dem Kündigenden ist der Nachweis eines geringeren Schadens gestattet

8 Höhere Gewalt

Für den Fall, dass eine der Parteien aufgrund eines ungewöhnlichen und unvorhersehbaren Ereignisses, auf das diese Partei keinen Einfluss hat und dessen Folgen trotz Anwendung der gebotenen Sorgfalt nicht hätten vermieden werden können (Höhere Gewalt) ihre Leistungspflichten gegenüber der anderen Partei ganz oder teilweise nicht oder nicht rechtzeitig erfüllen kann, sind die betroffenen Leistungspflichten der sich auf die Höhere Gewalt berufenden Partei so lange ausgesetzt, wie das Ereignis und dessen Folgen andauern; ebenso entfallen für diesen Zeitraum etwaige Gegenleistungspflichten der anderen Partei. Ansprüche, insbesondere Schadensersatzansprüche der anderen Partei bestehen insoweit nicht. Die sich auf Höhere Gewalt berufende Partei ist jedoch verpflichtet, die andere Partei unverzüglich in Textform über das Ereignis, die ausgesetzten Leistungspflichten sowie die voraussichtliche Dauer der Aussetzung der Leistungspflichten zu informieren. Entsprechendes gilt, wenn die sich auf Höhere Gewalt berufende Partei während der Aussetzung der Leistungspflichten unter Beachtung der gebotenen Sorgfalt erkennen muss, dass sich die mitgeteilte voraussichtliche Dauer der Aussetzung wesentlich verändert. Dauert das Ereignis länger als sechs Monate ab erstmaliger Information gegenüber der anderen Partei an, sind beide Parteien berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten. An die Stelle des Rücktrittsrechts tritt für Dauerschuldverhältnisse das Recht zur Kündigung. Die Aussetzung einer Zahlungspflicht kann – außer in gesetzlich angeordneten Fällen oder wenn es sich um eine Gegenleistungspflicht im Sinne von Satz 1 handelt - nicht auf Höhere Gewalt gestützt werden. § 287 Satz 2 BGB (Haftung für Zufall während des Schuldnerverzugs) bleibt unberührt.

9 Exportkontrolle und Embargos

- 9.1 MS ist zur fristgerechten Erbringung von Leistungen nicht verpflichtet, soweit und solange dies zu Verstößen gegen exportkontroll- und embargorechtliche Beschränkungen führen würde. MS hat den Auftraggeber in diesem Fall unverzüglich in Textform über das Leistungshindernis zu informieren.
- 9.2 Ist MS an der fristgerechten Erbringung einer Leistung aufgrund von exportkontroll- und embargorechtlichen Beschränkungen erforderlichen Genehmigungs-, Lizenz- oder sonstigen behördlichen Verfahrens gehindert, so verlängern sich von MS mit dem Auftraggeber verbindlich vereinbarten Liefer- und Fertigstellungsfristen angemessen um die Dauer der hierdurch bedingten Verzögerung. MS hat den Auftraggeber in diesem Fall unverzüglich in Textform über die Verzögerung zu informieren.

- 9.3 Dauert das Leistungshindernis nach Ziff. 9.1 oder die Verzögerung nach Ziff. 9.2 länger als sechs Monate ab erstmaliger Information des Auftraggebers durch MS an, sind beide Parteien berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten. An die Stelle des Rücktrittsrechts tritt für Dauerschuldverhältnisse das beiderseitige Recht zur Kündigung. Weitere Ansprüche des Auftraggebers aus Gründen der Ziff. 9.1 und 9.2, insbesondere Schadensersatzansprüche, bestehen nicht.
- 9.4 Der Auftraggeber ist bei Verwendung bzw. Weitergabe der von MS erbrachten Leistungen zur Beachtung der jeweils geltenden und anwendbaren exportkontroll- und embargorechtlichen Beschränkungen verpflichtet. Erforderliche Genehmigungen oder Lizenzen hat der Auftraggeber bei den zuständigen Behörden einzuholen. Verstöße des Auftraggebers gegen exportkontroll- und embargorechtliche Beschränkungen berechtigen MS zum Rücktritt vom Vertrag. An die Stelle des Rücktrittsrechts tritt für Dauerschuldverhältnisse das Recht zur Kündigung.
- 9.5 Der Auftraggeber ist gegenüber MS auf Anforderung verpflichtet, unverzüglich vollständige Informationen über Verwendungszweck, Endempfänger und Endverwendung der von MS zu erbringenden Leistungen zu übermitteln, insbesondere sogenannte Endverbleibsdokumente auszustellen oder beizubringen.
- 9.6 Der Auftraggeber stellt MS von allen Ansprüchen, die von Behörden oder sonstigen Dritten gegenüber MS wegen schuldhafter Verstöße des Auftraggebers gegen exportkontroll- und embargorechtliche Beschränkungen geltend gemacht werden, in vollem Umfang frei und verpflichtet sich zum Ersatz aller MS in diesem Zusammenhang entstehenden Schäden und Aufwendungen.

10 Geheimhaltung, Urheberrecht, Datenschutz

- 10.1 Von schriftlichen Unterlagen, die MS zur Einsicht überlassen und die für die Durchführung des Auftrages von Bedeutung sind, darf MS Abschriften zu den Akten nehmen.
- 10.2 Soweit im Zuge der Durchführung des Auftrages Gutachten, Prüfergebnisse, Prüf- und sonstige Berichte, Berechnungen und sonstige Unterlagen bzw. Arbeitsergebnisse, einschließlich in elektronischer Form und einschließlich Entwürfe, erstellt werden, die dem Schutz des Urheberrechts unterliegen (im folgenden „Werke“), räumt MS dem Auftraggeber hieran ein einfaches, nicht übertragbares und nicht unterlizensierbares Nutzungsrecht ein, soweit dies nach dem Vertragszweck erforderlich ist. Weitere Rechte werden nicht eingeräumt bzw. übertragen. Die Verwendung von Werken oder die Nennung der MS oder des TÜV SÜD zu Werbezwecken ist nicht zulässig.
- 10.3 MS wird Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse, die MS bei der Durchführung des Auftrages zur Kenntnis gelangen, außerhalb der Durchführung des Auftrages nicht unbefugt offenbaren und verwerten.
- 10.4 MS verarbeitet personenbezogene Daten des Auftraggebers zur ordnungsgemäßen Auftragsabwicklung und auch im Übrigen nur zu erlaubten Zwecken. Dazu setzt MS auch automatische Datenverarbeitungsanlagen ein. Bei der Datenverarbeitung erfüllt MS alle anwendbaren datenschutzrechtlichen Anforderungen.

11 Gerichtsstand, Erfüllungsort, anzuwendendes Recht

- 11.1 Gerichtsstand für die Geltendmachung von Ansprüchen für beide Vertragspartner ist der Sitz von MS, soweit die Voraussetzungen gemäß § 38 Zivilprozessordnung vorliegen.
- 11.2 Erfüllungsort für alle sich aus dem Vertrag ergebenden Verpflichtungen ist der Sitz von MS.
- 11.3 Das Vertragsverhältnis und alle Rechtsbeziehungen hieraus unterliegen ausschließlich dem Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des Kollisionsrechts des Internationalen Privatrechts (IPR) sowie des UN-Kaufrechts (CISG).